

INHALT

IM FOKUS

Ekaterina Makhotina

- 3 **Erinnerungskriege 75 Jahre nach Kriegsende**

RUMÄNIEN

Daniel Ursprung

- 5 **Rumänien – ein Land sozialer Gegensätze in Abhängigkeit vom Ausland**

Andrei Avram

- 8 **Das rumänische Superwahljahr 2020 und die Corona-Krise**

PANDEMIE IM OSTEN EUROPAS

Péter Tschet

- 12 **Die Pandemie wird in Ungarn nur kommunikativ bekämpft**

Paula Borowska

- 14 **Das Kreuz mit Corona: Kirchliche Reaktionen auf das Virus in Polen**

Jens Siegert

- 16 **Russland, Putin und Corona**

Regula Spalinger

- 18 **Corona-Krise trifft vor allem die sozial Schwachen in Russland**

Olga Tokariuk

- 20 **Corona in der Ukraine: Nicht bereit, aber bisher keine Katastrophe**

Paula Borowska

- 22 **Corona-Epidemie: Belarus bleibt nicht ruhig, macht aber weiter**

Elena Panagiotidis

- 24 **Griechenland und das Virus: Für einmal Vorbild in der Krise**

Adelheid Wölfl

- 26 **Das Virus verstärkt bosnische Stärken und Schwächen**

Milica Bogdanović

- 28 **Corona in Montenegro: Epidemie unter Kontrolle, Tourismus in Frage**

BUCHBESPRECHUNGEN

Michael Martens

- 30 **Im Brand der Welten**

Ana-Maria Schlupp

Walachei. Zur Herausbildung eines literarischen Topos

Paul Ladouceur

- 31 **Modern Orthodox Theology**

Dmitry Adamsky

Russian Nuclear Orthodoxy

Die Zeitschrift RGOW wird vom Institut G2W, Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft herausgegeben, das vom gleichnamigen Verein getragen wird.

© Nachdruck von Texten und Übernahme von Bildern nur mit Genehmigung der Redaktion.



Liebe Leserin Lieber Leser

In vielen europäischen Ländern macht sich Erleichterung breit. Nach den langen Wochen des Lockdowns aufgrund der Coronavirus-Pandemie haben einige Länder begonnen, Einschränkungen des öffentlichen Lebens aufzuheben, bzw. über erste Lockerungsmaßnahmen zu diskutieren. Gewiss ist jedoch auch, dass es einen langen Atem bei der Bekämpfung des Virus braucht, da die Gefahr weiterer Infektionswellen und einer Überlastung der jeweiligen Gesundheitssysteme keineswegs gebannt ist. Bereits jetzt ist offenkundig, dass in der Corona-Krise wie unter einem Brennglas die jeweiligen Stärken und Schwächen eines politischen Systems aufscheinen und dessen Entwicklungstrends verstärken.

Die Pandemie stellt alle Länder Europas vor enorme Herausforderungen, wobei die Staaten im Osten und Südosten des Kontinents von ungleich ungünstigeren Voraussetzungen bei deren Bekämpfung ausgehen: ein schwaches bzw. marodes Gesundheitswesen, eine wenig krisenresistente Wirtschaft, schlecht ausgebildete soziale Sicherungssysteme und – last but not least – politische Führungen, die oftmals mehr um den eigenen Machterhalt als um das Wohlergehen der Bevölkerung besorgt sind. Angesichts der kaum belastbaren Gesundheitssysteme verwundert es nicht, dass fast alle Länder Ost- und Südosteuropas – mit Ausnahme von Belarus – relativ rasch drastische Ausgangsbeschränkungen erlassen haben. So dürfen in der Föderation von Bosnien-Herzegowina, einem der beiden Teile, aus denen der Gesamtstaat besteht, Über-65-Jährige nur an bestimmten Wochentagen vormittags das Haus verlassen. In der Ukraine wurde bereits Anfang April eine Maskenpflicht in der Öffentlichkeit eingeführt. Im internationalen Vergleich gelang es so die Fallzahlen in der Region relativ gering zu halten – einzige Ausnahme stellt dabei Russland dar, das seinen Zeit- und Wissensvorsprung bei der Bekämpfung von Covid-19 in den letzten Wochen verspielt hat.

Die Auswirkungen der Pandemie lassen sich noch kaum abschätzen. Unübersehbar ist, dass vor allem sozial schwache Gruppen von der Krise betroffen sind. Unsere Projektpartner in Russland berichten, dass Alleinziehende, Obdachlose sowie Kinder und Jugendliche kaum im Fokus der Politik stehen. Gleichzeitig lässt sich aber in vielen Ländern ein verstärktes zivilgesellschaftliches Engagement beobachten, um die Schwäche der staatlichen Institutionen zu kompensieren. Wirtschaftlich wird die Pandemie dennoch alle Länder der Region hart treffen, insbesondere diejenigen, die wie Griechenland und Montenegro vom Tourismus abhängig sind.

Sorge bereitet auch, dass manche Regierung die gesundheitliche Bedrohung als Vorwand zum eigenen weiteren Machtausbau verwendet – die Regierung Orbán in Ungarn nimmt hierbei wieder einmal eine unrühmliche Vorreiterrolle ein. Wie sich Ost- und Südosteuropa aufgrund der Pandemie verändert, werden wir auf jeden Fall weiterverfolgen.

Stefan Kube, Chefredakteur